

Bundeswehr : Baustellen beheben

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977058>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundeswehr: Baustellen beheben

Seit Jahren befindet sich die deutsche Bundeswehr in Schwierigkeiten. Deren Ursachen sind vielfältig und müssten rasch behoben werden, weil sich die Sicherheitslage in Europa verschlechtert hat. Die Folgen sind ein Mangel an Personal und die ungenügende Alimentierung mit neuer Ausrüstung sowie die fehlende Akzeptanz in der Politik und in der Bevölkerung.

Peter Jenni



Verwirrende Situation im Auslandseinsatz: Der politische Wille sowie die Mittel fehlen.



Alle bisherigen Versuche, die Lage zu verbessern, hätten sich als «begrenzt» erfolgreich erwiesen.

Der Militärhistoriker Sönke Neitzel stellt in einem Interview im «Spiegel» vom 4. Oktober 2020 unter anderem fest, dass die Bundeswehr zwischen 2015 und 2017 «sicher den Tiefpunkt der vergangenen 150 Jahre erreicht» habe. Als Begründung führt Neitzel an, dass die Bundeswehr heute ein innenpolitisches Projekt sei. 150 Jahre habe gegolten, dass die Streitkräfte einsatzfähig sein müssen, damit sie militärische Gewalt androhen und notfalls auch anwenden könnten. Heute sei es in der Bundesrepublik aber so, dass die Soldaten auf keinen Fall dafür eingesetzt werden, wofür sie eigentlich da sind, «nämlich zu kämpfen».

Letzteres führte in Einsätzen in fernen Ländern zu merkwürdigen Situationen. In Afghanistan begann der Einsatz der Bundeswehr in Kunduz als dort noch Frieden herrschte. Nach einigen Jahren sollte man aber auch dort Waffengewalt einsetzen. Dies sei von der Bundeswehr nur halbherzig gemacht worden. Die oberste militärische und politische Führung in Deutschland wollte dies gemäss Neitzel nicht wahrhaben. Den Soldaten waren die Hände gebunden. Es fehlte nicht nur am Willen an der Heimatfront, sondern auch an den notwendigen Mitteln vor Ort!

Erschütterndes Zitat

Im erwähnten Interview im «Spiegel» zitiert Neitzel aus dem Tagebuch eines deutschen Stabsfeldweibel, dass dieser nach einer abgesetzten Kampfoperation schrieb: «Alles im Arsch! Politik ist nur noch ein Scheiss. Ein unglaublicher Gesichtsverlust ...Wir sind alle enttäuscht. Aber die Leute, die so was entscheiden, achten nur auf ihre Wähler... Ich finde für dieses Desaster keine Worte.»

Solche Ereignisse führten zu einem Verlust an Vertrauen zwischen der Führung und der Truppe. Die Generalität hatte nicht den Mut, gegenüber der Politik den internen Kampf aufzunehmen. Letztere wollte verhindern, dass die Truppe ihren Auftrag erfüllte.

Gedanken für Verbesserungen

Der ehemalige Wehrbeauftragte des deutschen Bundestags, Hans-Peter Bartels SP, und Generalleutnant im Ruhestand, Rainer L. Glatz, ehemaliger Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft

und Politik, machen sich im Oktober 2020 fundierte Gedanken über eine mögliche Reform der Bundeswehr.

Sie erinnern daran, dass die verschiedenen Reformen nach 1990 dazu geführt hätten, dass vor allem die Stichworte Schrumpfen, Auflösen, wechselnde Führungsstrukturen, Frühpensionierungen, Finanznot und ungenügendes Material die Diskussion befeuert haben. Aus der grossen Wehrpflichtarmee sei eine kleine schlecht ausgerüstete Freiwilligen-Armee entstanden. Auslöser sei die Misere von den von der Politik eingeleiteten Sparübungen des Militäretats.

Die Verfasser betonen, dass es nicht an Dokumenten fehle, in denen die Mängel beschrieben werden. Alle bisherigen Versuche, die Lage zu verbessern, hätten sich als «begrenzt» erfolgreich erwiesen.

Ausgewählte Vorschläge

Aus der Sicht der beiden Autoren Bartels und Glatz sei es dringend, dass ein Planungsstab wie zurzeit von Helmut Schmidt wieder eingeführt werde. Dieses Organ wurde 2012 abgeschafft. Es bestand damals aus je einem Drittel mit Soldaten, zivilen Angehörigen der Bundeswehr und zivilen Fachexperten von ausserhalb der Verwaltung.

Damit sei ein ganzheitlicher Ansatz für die Bundeswehr wiedergegeben. Mit einigen weiteren organisatorischen Veränderungen würde das Ministerium der Organisation der Truppe gerecht. Dass eine Ministerialabteilung und das Bundesamt für Ausrüstung und Informationstechnik für die Nutzungsphase die Verantwortung für das Material haben, habe nicht zum Erfolg geführt. Die Truppe sei neu dafür verantwortlich zu machen.

In Deutschland hat sich im Verlauf des Abbaus der Bundeswehr die Zahl der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche vergrössert. Zum Heer, der Luftwaffe und der Marine kamen die Streitkräftebasis, der Sanitätsdienst und der Cyber- und Informationsraum dazu. Diese Zergliederung habe sich nicht bewährt. Es sollte geprüft werden, ob die Zahl der Organisationseinheiten verringert werden könne. Die künftige Bundeswehr sollte mit weniger Stabsstrukturen die Truppe mit Personal alimentieren. Schliesslich sollten die Verbände für den Auftrag der Bündnis-



Bilder: Bundeswehr

Bei der Ausgestaltung des Heeres sollte der Grundsatz: Verantwortung, Kräfte und Mittel in eine Hand zu geben als oberstes Gebot gelten.



Eine hohe Einsatzbereitschaft könne mit einem betriebswirtschaftlichen Ansatz («just in time») kaum genügen.

und der Landesverteidigung in der Lage sein, weltweite Einsätze wahrzunehmen. Dies mache die Ausrüstung dieser Verbände mit dem notwendigen Material nötig.

«just in time» genügt kaum

Alle aufgezeigten Massnahmen würden die Führungsstrukturen der Bundeswehr flacher und schmaler machen. Bei der Ausgestaltung des Heeres sollte der Grundsatz: Verantwortung, Kräfte und Mittel in eine Hand zu geben als oberstes Gebot gelten. Wenn dies berücksichtigt wird, muss die Truppe auch die Fähigkeit

haben, die Ausrüstung weitgehend selber zu warten. Um die Personalstärke der Truppe zulasten der Stabsstrukturen wieder zu erhöhen, muss die Ausbildung derart ausgestaltet werden, dass die Angehörigen die gestellten Aufgaben erfüllen können.

Schliesslich empfehlen die Autoren eine kritische Überprüfung des Dogmas der prozessorientierten und betriebswirtschaftlichen Führung der Streitkräfte. Eine hohe Einsatzbereitschaft könne mit einem betriebswirtschaftlichen Ansatz («just in time») kaum genügen. +